

Wettbewerb und Markt

Gabriela Winkler, Kantonsrätin FDP Zürich, Vizepräsidentin der Fachkommission Energie der FDP Schweiz

Die FDP verlangt optimale Rahmenbedingungen für den mittelfristigen Umbau der Schweizer Energieversorgung ohne ideologisch motivierte Technologieverbote. **Die Energieversorgung ist im Rahmen der Verfassungsrechtlichen Vorgaben in ökonomischer und ökologischer Hinsicht grundsätzlich Sache der Energiewirtschaft.** Der Gesetzgeber hat sich der Einflussnahme auf unternehmerische Entscheide im Energiebereich zu enthalten. **Er setzt lediglich die Rahmenbedingungen, innerhalb welcher sich der Wettbewerb der Energieträger entfalten kann. Das gilt insbesondere auch für Kriterien, welche eine Technologie zu erfüllen hat, nicht jedoch für die Bestimmung, welche Technologie zur Anwendung kommen soll. Daher ist die Option Kerntechnologie genauso offen zu halten wie die Entwicklung der Geothermie oder der Solartechnologie. Der Wahlfreiheit des Konsumenten ist so weit als möglich Rechnung zu tragen. Grundsätzlich sollten sämtliche behördlich festgelegten Energietarife durch Marktpreise abgelöst werden.**

Ausschalten: *Bürokratie und Wettbewerbsverzerrung*

Einschalten: *Strommarktöffnung 2015*

Wahlfreiheit der Konsumenten

Schon heute haben die Konsumentinnen und Konsumenten die Möglichkeit, ihren Strommix selber zu bestimmen. Diese Möglichkeit ist aber dadurch beschnitten, dass die kleineren Gewerbetreibenden und Haushalte ihre Stromlieferanten nicht wählen können. Sollen sie wirklich mittelfristig Einfluss nehmen können, bedarf es der raschen und vollständigen Liberalisierung des Strommarktes. Die Leute müssen an der Steckdose über ihren Strommix abstimmen können, nur dann werden Bekenntnisse zu neuen erneubaren Energien definitiv mehr sein als Lippenbekenntnisse.

Die FDP ist überzeugt, dass ein liberalisierter Markt, wo sich der Preis nach Angebot und Nachfrage richtet, die richtigen Signale setzt für Investitionen von Privaten, der

Industrie und KMU in die Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Diese Marktöffnung muss in Koordination mit der EU erfolgen, da die Schweiz Teil des Europäischen Energiemarkts ist und faire Rahmenbedingungen braucht.

Ausschalten: Bürokratie beim Umbau Hochspannungsnetzes

Einschalten: Entwicklungsplan Intelligentes Netz bis 2030 (smart Grid)

Zur Förderung der unregelmässig anfallenden Energieträger Sonne und Wind brauchen wir eine Effizienzsteigerung und den Erhalt der Stabilität unserer Stromversorgungsnetze durch raschest mögliche Deblockierung strategisch wichtiger Versorgungslinien

- a. Realisierung des SÜL und Verbesserung der Rahmenbedingungen
Ausbau Netz in Analogie zum Eisenbahngesetz, klare Expropriationsregeln, keine kalte Enteignung, keine UVP
- b. Mittelfristig Einsatz „intelligenter Netze“ zur optimale Steuerung der Lastverteilung und damit des Verbrauchs

Dieses Stromnetz ist in Koordination mit der EU auszubauen, um zu gewährleisten, dass der Wettbewerbsvorteil der Wasserkraft im Hinblick auf die Speicherung von Sonnen- oder Windenergie beibehalten werden kann.

Ausschalten: Grundgebühren auf den Stromverbrauch

Einschalten: Kostenwahrheit bis 2020 (smart Meter)

Neue, intelligente Zähler – sogenannte Smart Meter – haben entscheidende Vorteile: Zusammen mit entsprechenden Visualisierungsmöglichkeiten informieren sie über den momentanen Stromverbrauch und helfen, sparsamer mit Strom umzugehen. Kunden können danach umstellen von einem herkömmlichen Stromvertrag mit Festpreisen auf neue Tarife, die zu Zeiten niedrigerer Nachfrage günstiger sind. Die erforderlichen Grundlagen sind bis 2013 im Stromversorgungsgesetz zu schaffen.

Einschalten: Bildungs- und Forschungsoffensive

Die FDP fordert eine Bildungs- und Forschungsoffensive im Energiebereich. Alle Energieträger sollen mit einbezogen werden, damit neue, energieeffiziente Technologien in der Schweizer Wirtschaft etabliert werden. Dazu soll die

Berufsbildung gezielt verbessert werden Ziel ist es, Arbeitsplätze in der Schweiz zu sichern und mit exportfähigen Technologien den Standort Schweiz zu stärken.

Einschalten: Kantonale Volksinitiativen für den Abbau von bürokratischen Hürden bei energetischen Gebäudesanierungen

Im Kanton Zürich haben wir ein solche Initiative erfolgreich lanciert und uns die Unterstützung des Kantonsrates gesichert. Wir verlangen möglichst Bewilligungsfreiheit energetischer Sanierungen und den Abbau bürokratischer und steuerlicher Hürden für Solardächer, Solarfassaden